

TRANSPARENZ & BETEILIGUNG

<u>Titel</u>	<u>Seite</u>
Videoaufzeichnung von normalen Gemeinderatssitzungen und der Sitzungen beschließender Ausschüsse	2
Alle TOP-Vorschläge des Bürgerhaushalts im Doppelhaushalt beraten	4
Bezirksbudgets für den Bürgerhaushalt nach dem Vorbild der Bezirksbeirats-Bezirksbudgets	5
Pilotprojekt Demokratie Labor Stuttgart fördern	6
Strukturen für bürgerschaftlichen Engagement weiterentwickeln	7
Einführung eines städtischen Transparenzportals und einer Transparenzsatzung	8
Einführung des auf Landesebene üblichen Gebührendeckels für Informationsfreiheitsanfragen	10
Haushaltsmittel für die Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts	11
Sitzungsprotokolle umfassend veröffentlichen	12
Beteiligungsverfahren nach dem Beteiligungsleitfaden verbindlich machen	14
<u>Summe: 10 Anträge</u>	

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Videoaufzeichnung von normalen Gemeinderatssitzungen und der Sitzungen beschließender Ausschüsse

Wir beantragen:

1. Die Aufzeichnung aller öffentlichen Gemeinderatssitzungen und die Veröffentlichung derselben nach 24 Stunden Einspruchsfrist zwecks Herausnahme der aufgenommenen Stadträt*innen auf Antrag.
2. Die Aufzeichnung aller öffentlichen Sitzungen aller beschließenden Ausschüsse ebenfalls mit Veröffentlichung derselben nach 24 Stunden Einspruchsfrist unter Unkenntlichmachung/Herausnahme des Publikums und der Mitarbeiter*innen, sowie auf Antrag der betroffenen Stadträt*innen.
3. Zwecks Barrierefreiheit wird beides mit Untertiteln unterlegt.

Begründung:

Es ist heute allgemein erstrebenswert und teilweise auch Praxis, in größeren Städten Aufzeichnungen der Sitzungen öffentlich vorzuhalten, nicht nur im früher genannten Beispiel Konstanz. Dies trägt dem für die Demokratie wichtigen Transparenzprinzip Rechnung.

Generell streben wir im Gegensatz zum Vorschlag der Verwaltung mit der Konzentration auf wenige Schwerpunktsitzungen mit durchaus begrüßenswerten Liveübertragungen mit Gebärdendolmetscher kostengünstige Übertragungen aller (anderen) Sitzungen an.

Bei Gemeinderatssitzungen genügt es, die Bürgermeisterbank und das Rednerpult und in der Übersicht die Bänke der Stadträte von hinten aufzunehmen, der Ton reicht dank Lautsprecheranlage ohnehin aus – auf solchen Aufnahmen werden die Stadträt*innen kaum erkennbar sein, wenn sie nicht ans Rednerpult treten.

Bei Ausschusssitzungen können das Publikum, Mitarbeiter*innen der Stadt oder andere Referent*innen nachträglich in der Aufzeichnung z.B. elektronisch (Kopf) unkenntlich gemacht und auch die Stimmen verändert werden, um einer Identifizierung vorzubeugen, die Namensnennung lässt sich ohnehin bei Bedarf aus der Aufzeichnung entfernen.

Im Sinne allgemeiner Barrierefreiheit ermöglicht dieses System auch stark mobilitätseingeschränkten Personen sowie denen, die es zeitlich nicht zu den Sitzungen schaffen können, diese zumindest im Nachhinein ohne Vorauswahl durch die Presse zu verfolgen und nicht erst auf Sitzungsprotokolle zu warten.

TRANSPARENZ & BETEILIGUNG

Wir hoffen auf eine realistische Kosteneinschätzung der Verwaltung für dieses System und wären auch bereit, erst einmal mit einem Ausschuss, z.B. dem monatlich tagenden Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) zu beginnen.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Alle TOP-Vorschläge des Bürgerhaushalts im Doppelhaushalt beraten

Wir beantragen:


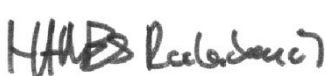
1. Während der Haushaltsberatungen wird sichergestellt, dass alle für den Gemeinderat abstimmbaren und nicht schon von der Verwaltung berücksichtigten Vorschläge aus den TOP-130 des Bürgerhaushalts 2019 in Anlage 2 der Drucksache 591/2019 abgestimmt werden; natürlich ist es zweckmäßig, wenn die dabei (sehr) ähnlichen Vorschläge zusammen beraten werden.

Begründung:

Dieses Verfahren ist in den meisten Städten mit Bürgerhaushalt üblich und laut der Stadtkämmerei, über die die Verwaltung Stellungnahmen zu all diesen Vorschlägen abgegeben hat, durchaus sinnvoll. So kann der Gemeinderat den teilnehmenden Stuttgarter Einwohnerinnen zeigen, dass er ihre Vorschläge ernst nimmt und weitere Impulse für eine gute und steigende Bürgerbeteiligung in Zukunft setzt.

Wir machen uns damit nicht jeden einzelnen Vorschlag zu eigen. Wir stimmen über jeden einzelnen Bürgerantrag bzw. eine eng thematisch zusammenfassende Gruppe (z.B. 365 Euro-Ticket oder generelle Tariffragen) gemäß unseren politischen Zielen sowie auf Basis sachlicher Erwägungen ab.

Natürlich bleibt die bisherige Zusammenfassung von Anträgen aus Verwaltung und Gemeinderat mit solchen aus dem Bürgerhaushalt davon unberührt, um eine Mehrfachberatung zu vermeiden – wie bisher genügt dann ein Verweis auf den entsprechenden Antrag im Bürgerhaushalt. Da viele Vorschläge zusammengefasst werden können, ist der zusätzliche Beratungsaufwand überschaubar, verschafft aber den Einwohnern mehr Klarheit, weil dann nicht nur eine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt – ist der Punkt aus dem Bürgerhaushalt damit bereits erledigt, braucht es natürlich ebenfalls nicht mehr beraten zu werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Strukturen für bürgerschaftlichen Engagement weiterentwickeln

Wir beantragen:

1. Die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im DHH 2020/2021 zu finanzieren. (GRDRs 769/2019)
 - a.) Schaffung einer zentralen Anlaufstelle (CityLab Stuttgart) für die Förderung des Bürgerengagements
 - b.) Stärkung der dezentralen Orte des Engagements mit der Schaffung von weiteren Stellenanteilen
 - c.) Schaffung einer virtuellen Engagement-Plattform(Kosten 2020: 100.000 € / 2021: 80.000 €)

Begründung:

Staat und Stadtgesellschaft sind auf das bürgerschaftliche Engagement aller Einwohner*innen dringender denn je angewiesen. Das zeigt sich an den veränderten Familienstrukturen, bei Armut, Fragen der Generationengerechtigkeit oder der Migration. Die Demokratie lebt vom freiwilligen Engagement vieler.

Im Rahmen einer neuen Zielausrichtung und Zusammenarbeit der verschiedenen Träger des Bürgerengagements ergeben sich zukünftige Aufgaben. Beispielsweise hat sich gezeigt, dass für einen niederschweligen Zugang eine zentrale Anlaufstelle notwendig ist und eine Online-Plattform realisiert werden sollte.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

TRANSPARENZ & BETEILIGUNG



Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Bezirksbudgets für den Bürgerhaushalt nach dem Vorbild der Bezirksbeirats-
Bezirksbudgets**

Wir beantragen:

1. Pro Jahr wird nach demselben Schlüssel so viel Geld für den Bürgerhaushalt pro Bezirk zur Verfügung gestellt, wie für den Bezirksbeirat, und ohne Abstriche angesammelt, d.h. für jedes Folgejahr die Reste übertragen
2. Aus der für einen ausgewerteten Bürgerhaushalt verfügbaren Summe werden dann so viele Topprojekte des Bezirks realisiert, wie es das die aktuelle Summe hergibt, beginnend mit dem höchstbewerteten Projekt (sofern es nicht das Gesamtbudget überschreitet), und danach die folgenden, bis keine Projekte mehr übrig sind oder das vorhandene Bürgerhaushaltsbezirksbudget überschritten würde
3. Wenn möglich und noch sinnvoll, werden Projekte des vorigen Bürgerhaushalts übertragen auf den nächsten Bürgerhaushalt bzw. eingestellt, sobald der Bezirk dafür genügend Geld angesammelt hat

Begründung:

Die Bezirksbeiräte werden von den Parteien bzw. Wählerlisten entsendet und nicht gewählt. Dasselbe Recht über Geldausgaben im Bezirk zu entscheiden, steht daher auch den Einwohnern des Bezirks zu. Daher sollten sie ebenfalls im Rahmen des Bezirkshaushalts eine ähnliche Verteilungsmöglichkeit erhalten. Weil sie nur alle zwei Jahre im Paket abstimmen können, ist die Übertragbarkeit notwendig, damit sie nicht über Gebühr in ihrer Auswahl von Projekten eingeschränkt werden.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Pilotprojekt Demokratie Labor Stuttgart fördern

Wir beantragen:

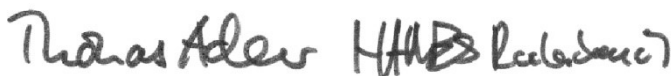
1. Zur Umsetzung des Projekts Demokratie Labor Stuttgart werden im DHH 2020/2021 je 120.000 € eingestellt.
(Kosten 2020: 120.000 Mio. € / 2021: 120.000 €)
2. Das Pilotprojekt wird nach Beendigung evaluiert und erfolgreiche Elemente werden anschließend weiter umgesetzt.

Begründung:

Das auf zwei Jahre angelegte Projekt hat das Ziel, junge Menschen und Kommunalpolitik zusammenbringen und Begeisterung für politisches Engagement zu entfachen.

In Stuttgart soll ein Netzwerk für politische Arbeit mit Jugendlichen und jungen Menschen aufgebaut werden, um gemeinsam Konzepte und Formate zu erarbeiten, um junge Menschen zu befähigen, sich politisch zu engagieren. Diese Arbeit wird in Online- und Offline-Werkzeuge einfließen, die Stuttgart dabei unterstützen, Demokratie auf kommunaler Ebene nachhaltig zu stärken.

Um das Projekt *Demokratie Labor Stuttgart* professionell durchzuführen, werden sowohl Personal- als auch Sachkosten bereitgestellt. Stuttgart nimmt damit eine bundesweite Vorreiterrolle in politischer Bildungsarbeit ein.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Einführung eines städtischen Transparenzportals und einer Transparenzsatzung

Wir beantragen:

1. Eine Grundsatzentscheidung für eine Transparenzsatzung und ein Transparenzportal nach Hamburger Vorbild.
2. Nach Entscheidung für Punkt 1 legt die Verwaltung für die 2./3. Lesung die entstehenden einmaligen und regelmäßigen Bedarfe an finanziellen Mitteln und Personal dar.
3. Generell sind bei Auskünften im Rahmen des gesetzlichen Schutzes von Betriebsgeheimnissen, Urheberrechten usw. nur minimale Schwärzungen zugunsten dieser vorzunehmen, um das Auskunftsrecht der Antragsteller*innen nicht mehr als rechtlich unbedingt nötig einzuschränken.

Begründung:

Das Transparenzgesetz samt Transparenzportal (transparenz.hamburg.de) kehren den Informationsfluss zugunsten der Interessierten um, indem pauschal Zahlen und Dokumente zum Abruf bereitgestellt werden – was auch die Zahl von gesonderten Informationsanfragen mit dazugehörigen Gebühren verringert. Natürlich sind in einer Satzung nur städtische Informationen regel- und bereitstellbar, im Gegensatz zu Hamburg, was auch Bundesland ist. Aus solchen Daten vermögen Startups - wie in Berlin schon geschehen - oft erstaunliche neue Angebote wie z.B. Apps zu entwickeln.

Natürlich muss zuvor ausgearbeitet werden, welche Daten und Dokumente wie z.B. Gutachten im Auftrag der Stadt für die Veröffentlichung in welcher Form (gekürzt/geschwärzt?) in Frage kommen und erst dann kann eine brauchbare Kostenabschätzung vorgenommen werden.

Da wir ohne Gesetzgebungskompetenz die gesetzlichen Vorgaben von Bund und des Landes BW nicht ändern können, bleibt nur die Minimierung von Abstrichen bei Auskünften, denn eine Abwägung mit Betroffeneninteressen ist uns hier laut Recht nicht möglich. Das sehr schlechte Landesinformationsfreiheitsgesetz Baden-Württemberg schränkt uns (was auch vom Landesbeauftragten für Informationsfreiheit kritisiert wird) hier unnötig ein, indem es einige Stellen von Informationsfreiheit strikt ausnimmt und einige Einschränkungen wie Betriebsgeheimnisse und Urheberrechte verabsolutiert. Die Gebührenfrage ist hier auch noch zu klären, dafür gibt es einen gesonderten Antrag, die Gebühren sollten jedoch bei

TRANSPARENZ & BETEILIGUNG

kommunalen Anfragen entweder erlassen oder auf einen niedrigen Maximalbetrag wie 50 Euro festgesetzt werden.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Einführung des auf Landesebene üblichen Gebührendeckels für Informationsfreiheitsanfragen

Wir beantragen:



1. Eine Deckelung der Kosten für Anfragen nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz Baden-Württemberg an die Stadt auf maximal 500 Euro.

Begründung:

Eine solche Deckelung besteht sowohl im Bundesinformationsfreiheitsgesetz wie auch im Umweltinformationsgesetz des Landes Baden-Württemberg und soll verhindern, dass es zu allzu abschreckenden Gebührenerhebungen kommt. Die ersten 37 Anfragen an die LHS lagen zwar alle darunter, aber das ist nicht von vorneherein klar und unterstreicht andererseits, dass hier nicht allzu viele Kosten an der Stadt hängenbleiben werden.

Mittlerweile hat das Land Baden-Württemberg für seine auskunftspflichtigen Stellen nach seinem allgemeinen Informationsfreiheitsgesetz ebenfalls diesen 500-Euro-Gebührendeckel eingeführt, wie er auch sonst (s.o.) schon üblich war. Der Gesetzgeber hat aber keine Änderungen vorgenommen, was die Kommunen betrifft, so dass Auswüchse - wie in Stuttgart schon geschehen - mit Kostenvoranschlägen von über 8.000 Euro zuverlässig Antragsteller*innen von der Aufrechterhaltung ihrer Anfragen abhalten, was natürlich dem Geist solcher Regelungen diametral entgegenläuft.

Da solche Fälle aber bislang sehr selten sind, sind auch die mit der Gebührendeckelung verbundenen Gebühreneinbußen sehr gering und eine Flut von Anfragen ist keinesfalls zu erwarten, denn bei Gebühren von bis zu 500 Euro wird niemand aus Spaß und Tollerei unnötige Informationsanfragen stellen bzw. aufrechterhalten – das ist dafür immer noch viel zu kostspielig.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Haushaltsmittel für die Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts

Wir beantragen:

4. 100 000 Euro im Doppelhaushalt für die verbesserte Durchführung des Bürgerhaushalts 2021

Begründung:

Mit dem Schreiben vom 2.6.2017 an Verwaltung und Gemeinderat schlug der Arbeitskreis Bürgerhaushalt verschiedene, teilweise auch finanziell relevante Verbesserungen vor. Mit diesem Budget sollen v.a. folgende Vorschläge abgedeckt werden:

1. Fachforen für die genauere Diskussion der besten (die ersten 5 oder 10 nach Stimmen) stadtweiten Vorschläge im Bürgerhaushalt.
2. aufsuchende Motivationsinstrumenteentwicklung und praktische Beteiligung, um die Kluft zwischen Stadtteilen und Quartieren in der Beteiligung zu verringern, insbesondere die weniger stark sich beteiligenden Teile der Bevölkerung verstärkt einzubeziehen.
3. ein Fachtag zur Diskussion solcher und ähnlicher Verbesserungen.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Sitzungsprotokolle umfassend veröffentlichen

Wir beantragen:

1. Nach einer Grundsatzentscheidung über die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle so, wie es der Datenschutz und der Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Urheberrechten zulässt, werden sämtliche Sitzungsprotokolle nicht nur des Gemeinderats, sondern auch aller seiner Ausschüsse sowie der Bezirks- und Jugendbeiräte verfügbar gemacht
2. Nach LIFrG BW bezieht sich dies auch auf die nichtöffentlichen Teile der Sitzungen (soweit es sich nicht um reine Personalien handelt), die nur minimal aus den unter 1. Erwähnten Gründen geschwärzt werden dürfen
3. Alle diese Protokolle sollen auch im Internet auf stuttgart.de (neue Website nach Relaunch) verfügbar gemacht werden
4. Der zusätzliche Sach- und Personalaufwand wird dafür von der Verwaltung beziffert

Begründung:

Mit der Einführung des für die Bürger leider sehr schlechten (im Vergleich zu anderen Bundesländern) Landesinformationsfreiheitsgesetzes Baden-Württemberg (LIFrG BW) kehrte erstmals wesentlich mehr nicht durch Betroffenheit bedingte Transparenz in die Verwaltung von Land, Kreisen und Kommunen ein. Nach einer Veranstaltung bei T.I., bei der sich der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit eindeutig dazu äußerte, dass auch Protokolle nichtöffentlicher Sitzungen im Nachhinein grundsätzlich öffentlich verfügbar zu machen sind, erscheint es nötig, hier am bisherigen Verfahren nachzubessern und alles zu tun, dass alle Teile der Sitzungen für die Öffentlichkeit nachvollziehbar werden, soweit keine gesetzlich vorrangig zu schützenden Informationen (s.o.) betroffen sind.

Ein Antrag von uns zum Thema Protokolle von nichtöffentlichen Sitzungen wurde bisher von der Verwaltung noch nicht beantwortet (Antrag 155/2019 von unserer Vorgängerfraktion SÖS-LINKE-PluS).

TRANSPARENZ & BETEILIGUNG



Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

TRANSPARENZ & BETEILIGUNG



Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Beteiligungsverfahren nach dem Beteiligungsleitfaden verbindlich machen

Wir beantragen:

1. Beteiligungsverfahren, die erfolgreich durch Unterschriftensammlung von den Einwohnern beantragt wurden, bedürfen zur Durchführung keiner Zustimmung des Gemeinderats mehr.
2. Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens sind für Verwaltung und Gemeinderat bindend.
3. Die Verwaltung beziffert den ungefähren zusätzlichen Mittel- und Personalbedarf dafür.

Begründung:

Wenn Einwohner*innen einen Beteiligungsantrag auf Basis einer Mindestanzahl von Unterschriften eingereicht haben, kann dieser Antrag dennoch vom Gemeinderat abgelehnt werden. Diese Regelung ist für die Einwohner*innen nicht nur befremdend, sondern es trägt zu Politikverdruss bei und ist kontraproduktiv für nachfolgende Beteiligungsverfahren, da der Eindruck des „man kann ja doch nichts ändern“ bestätigt wird. Bürgerbeteiligung soll aber gestärkt werden.

Zudem sollen Ergebnisse von Beteiligungsverfahren nicht auf eine Ideensammlung im Sinne von „nice to have“ reduziert werden, sondern es soll praktisch umgesetzt werden, was das Verfahren ergeben hat (solange es nicht gerade gegen Gesetze verstößt). Es ist Zeit, hier einen Schritt weiter zu gehen, als in der ersten Version des Bürgerbeteiligungsleitfadens und den Einwohnern hier mehr Rechte einzuräumen.

Thomas Adler *Hannes Rockenbauch*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender